

Recht auf Homeoffice: Kanzleramt dagegen

Berlin. Dass Beschäftigte in Deutschland künftig Homeoffice gegenüber ihrem Unternehmen rechtlich durchsetzen können, ist unsicher. Das Bundeskanzleramt sieht einen entsprechenden Entwurf von Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD) als nicht geeignet für die weitere Abstimmung zwischen den Bundesministerien an, hieß es am Dienstag in Berlin aus dem Kanzleramt. Heil hatte am Wochenende in der *Bild am Sonntag* ein »Mobile-Arbeit-Gesetz« für einen gesetzlichen Anspruch auf Homeoffice angekündigt. Beschäftigte sollen bei einer Fünf-Tage-Woche demnach 24 Tage im Jahr mobil oder im Homeoffice arbeiten dürfen. Voraussetzung soll sein, dass die Tätigkeit sich dafür eignet und keine betrieblichen Gründe dagegen sprechen. Gegen einen Rechtsanspruch auf Homeoffice wandte sich auch NRW-Ministerpräsident Armin Laschet. (dpa/jW)

<https://www.jungewelt.de/artikel/387800.recht-auf-homeoffice-kanzleramt-dagegen.html>